

Stellungnahme der Initiative No Lager zum Konzeptentwurf zur Wohnraumversorgung und Integration von Flüchtlingen der Stadt Osnabrück vom 10.07.2013

Wer wir sind

Wir sind eine studentische Initiative der Universität Osnabrück, die sich in den letzten Jahren vor allem mit dem Flüchtlingslager Bramsche-Hesepe beschäftigt hat. Nach dem Beschluss der rot-grünen Landesregierung, dieses nur noch als Aufnahmelager zu nutzen, stehen Fragen der Unterbringung von Geflüchteten in den Kommunen auf der Tagesordnung. Wir nehmen daher an einem wöchentlichen Treffen von Geflüchteten teil, die zur Zeit in den Heimen Bremer- und Atterstraße untergebracht sind.

Mit großem Interesse verfolgen wir die Entstehung eines Konzepts zur Unterbringung von Geflüchteten in Osnabrück. Da der Stadtrat in nächster Zeit über das Konzept abstimmen wird, möchten wir einige Kritikpunkte anmerken.

1. Für eine dezentrale Unterbringung

Obwohl die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften per Gesetz der Regelfall ist, haben Kommunen dennoch die Möglichkeit, auf eine dezentrale Unterbringung (d.h. in privaten Wohnungen) zurückzugreifen (S. 4). Dementsprechend wohnen bereits knapp die Hälfte aller Asylsuchenden in Osnabrück in solchen Wohnungen (S. 7).

Für das „Osnabrücker Wohnraumversorgungs-Modell“ wird für die ersten zwei Jahre allerdings weiterhin auf Gemeinschaftsunterkünfte zurückgegriffen (S. 9). Ein Umzug in eine private Wohnung innerhalb dieser Zeit ist nur möglich, wenn Merkmale für einen „humanitären Grund“ vorliegen, die in einem Kriterienkatalog aufgelistet sind (S. 10). Wir fordern die Abschaffung dieses Kriterienkataloges und die Möglichkeit einer dezentralen Unterbringung von Anfang an, nicht erst nach 24 Monaten. Menschen, auf die aufgelisteten Merkmale zutreffen, sollten stattdessen von der Stadt bei der Wohnungssuche besonderes unterstützt werden. Auch wenn nicht für alle Geflüchteten ausreichend Wohnungen vorhanden sind, ist dies kein Grund, die Möglichkeit auf eine solche Wohnung von vornherein auszuschließen.

Auf S. 9 wird behauptet, dass Flüchtlingsberatungsstellen deutlich machten, „dass (...) die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften sinnvoll sein kann“. Diese Behauptung zweifeln wir an, so lange sie nicht belegt ist. In unseren Gesprächen sowohl mit Menschen, die Geflüchtetenberatung durchführen, als auch mit Geflüchteten selber, kommt immer wieder die Forderung nach einer dezentralen Unterbringung auf. Die negativen Auswirkungen von Gemeinschaftsunterkünften auf die Lebenssituation von Geflüchteten sind im Übrigen vielfach belegt¹.

Wir fordern von der Stadt Osnabrück ein klares Bekenntnis zur langfristig dezentralen Unterbringung aller Asylsuchenden!

2. Gemeinschaftsunterkünfte

So lange Asylsuchende in Osnabrück noch in Gemeinschaftsunterkünften wohnen, müssen für diese klare Mindeststandards gelten, die eine menschenwürdige Wohnsituation gewährleisten. Die

¹ http://digibib.hs-nb.de/file/dbhsnb_derivate_0000000983/Diplomarbeit-Foerster_Ludwig-2011.pdf

Auflistung auf S. 8 geht in diese Richtung, ist aber bei Weitem nicht ausreichend. Für eine humanitäre Unterbringung in Flüchtlingsheimen sind insbesondere Einzelzimmer wichtig, um ein Mindestmaß an Privatsphäre zu gewährleisten. Diese werden jedoch mit keinem Wort erwähnt.

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg hat 2012 in einem Positionspapier Mindeststandards definiert, die als Orientierung dienen können². Desweiteren werden die im Entwurf aufgeführten Kriterien durch die Formulierung „sofern die baulichen Voraussetzungen dies ermöglichen“ (S. 8) eingeschränkt. Dies ist für uns nicht akzeptabel. Wenn wegen „baulicher Voraussetzungen“ Mindeststandards nicht erfüllt werden können, so müssen die betreffenden Heime geschlossen werden.

Auf S. 8 wird außerdem eine Anmerkung zu geplanten Sanierungsarbeiten im Flüchtlingsheim Bremer Str. gemacht. Diese beschränken sich jedoch auf das Erdgeschoss und Teile des 1. OG und sind daher nicht ausreichend. Die Zustände in manchen der Küchen sowie in allen Duschen/WCs der Bremer Str. sind desolat. Dies können wir auf Wunsch durch entsprechende Fotos belegen. Wir fordern die Stadt auf, finanzielle Mittel für eine Komplettsanierung der sanitären Anlagen der Bremer Str. zur Verfügung zu stellen.

3. Koordinationsstelle Flüchtlingsarbeit

Das Konzept sieht vor, dass diese Koordinationsstelle neu eingerichtet wird. Dies finden wir grundsätzlich gut, jedoch ist die Koordinationsstelle mit zwei Vollzeitkräften hoffnungslos unterbesetzt. Wir weisen darauf hin, dass die Aufgabenbeschreibung der Koordinationsstelle in Stichpunkten gehalten (!) ca. zwei volle Seiten in Anspruch nimmt (S. 12-14). Die Vorstellung, dass zwei Vollzeitkräfte all diese Angebote für 550 Geflüchtete in angemessener Qualität bereitstellen können, ist absurd. Die Koordinationsstelle muss mit ausreichend Personal ausgestattet sein, ansonsten bleiben die aufgelisteten Sozialbetreuungsangebote Lippenbekenntnisse, die nie in die Realität umgesetzt werden.

Ebenso inakzeptabel ist die Einschränkung, dass die Koordinationsstelle ausschließlich Geflüchtete in Gemeinschaftsunterkünften beraten soll (S. 12). Es ist nicht ersichtlich, weshalb Geflüchtete in Wohnungen weniger Bedarf an sozialer Beratung haben sollten. Das Perfide an diesem Vorhaben ist, dass dadurch Anreize zu einem Verbleib in Gemeinschaftsunterkünften geschaffen werden und somit die verschiedenen Faktoren, die die Situation Geflüchteter beeinflussen (Wohnsituation, Beratungsbedarf) gegeneinander ausgespielt werden.

4. Sprachkurse

Der Anhang zu Deutschkursen kommt im Wesentlichen zu dem Schluss, dass ein Angebot von Deutschkursen von Anfang an zwar wünschenswert, jedoch mit bestehenden Programmen nicht möglich ist. Wir verweisen auf die Forderungen der Sozialausschussmitglieder Anke Jacobsen und Christel Wachtel, die Geflüchteten „müssen sofort Deutsch lernen“³. Wir verwehren uns gegen einen Zwang, eine bestimmte Sprache lernen zu müssen. Dennoch fordern wir die Stadt Osnabrück auf, diesen Worten Taten folgen zu lassen und auf Wunsch eine kostenfreie Teilnahme an Sprachkursen zu ermöglichen.

2 <http://fluechtlingsrat-bw.de/files/Dateien/Dokumente/INFOS%20-%20Unterbringung/2012-07-24%20FRBW%20FlueAG%20Unterbringung%20-%20human%20und%20dezentral.pdf>

3 [http://www.noz.de/lokales/70096375/stadt-osnabrueck-erarbeitet-konzept-zur-integration-und-unterbringung-von-a
sybewerbern](http://www.noz.de/lokales/70096375/stadt-osnabrueck-erarbeitet-konzept-zur-integration-und-unterbringung-von-asylbewerbern)

5. diskriminierende Formulierungen

In dem Entwurf ist davon die Rede, dass Asylsuchende „zunächst kein Alltagswissen in Deutschland haben“ (S. 4) und vom „Erlernen von Grundkenntnissen zur Alltagsbewältigung“ (S. 12). Diese Formulierungen sind diskriminierend. Sie nehmen Asylsuchende nicht als handelnde Subjekte wahr und sprechen ihnen Eigenständigkeit ab. Wir erwarten von einer Integrationsbeauftragten in dieser Hinsicht mehr sprachliche Sensibilität.

6. Fazit

Die Ziele und Strukturen, die in diesem Entwurf formuliert werden, sind unzureichend. Insbesondere vermissen wir eine klare Absicht, die prekäre Situation von Geflüchteten in Osnabrück zu verbessern. Das entstehende Konzept ist eine Chance, entsprechende Grundsätze für die nächsten Jahre zu definieren. Diese Chance sollte nicht vertan werden.

Gegenüber der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung⁴ sprach Innenminister Boris Pistorius von einem „Paradigmenwechsel“ in der Flüchtlingspolitik. Er formulierte explizit das Ziel, Gemeinschaftsunterkünfte langfristig abzuschaffen und will „ein Konzept entwickeln und die Kommunen mitnehmen“.

Dieser Paradigmenwechsel ist in Osnabrück offenbar noch nicht angekommen. Wir kritisieren, dass das geplante Konzept die langfristige Abschaffung von Gemeinschaftsunterkünften in keinsten Weise aufgreift. Ebenfalls ist uns zu Ohren gekommen, dass Fachdienstleiter Klaus Roßwinkel kurz vor der Umstellung vom Gutscheinsystem auf Bargeld behauptet hat, Bargeld würde Geflüchteten „häufig von Schleppern und anderen Kriminellen abgenommen“⁵. Die geplante Umstellung sollte damit offenbar hintertrieben werden.

Dadurch entsteht bei uns insgesamt der Eindruck, dass die Stadt Osnabrück neue Spielräume durch die Landesregierung nicht ausnutzen möchte und somit offenbar kein Interesse an einer Verbesserung der Lebensumstände von Geflüchteten hat.

4 <http://www.nds-fluerat.org/wp-content/uploads/2013/05/HAZ27052013.pdf>

5 http://www.mi.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=14797&article_id=116240&psmand=33